

Manuskript zum Beitrag : "Frauenpolitik in Hamburg", gesendet auf Tide 96,0, "Fun Dyke", 2/2004, Länge: 9´02 Minuten

Anmoderation

Am 29. Februar wählen die Hamburger eine neue Bürgerschaft. Da ziehen die Abgeordneten und solche, die es werden wollen, nun noch schnell von Podium zu Podium, um unentschlossene Wählerinnen auf ihre Seite zu ziehen. Mit mehr oder weniger durchschlagenden Argumenten. So auch kürzlich im "Haus Drei" in Hamburg Altona. Dort erläuterten die frauenpolitischen Vertreterinnen von CDU, SDP, FDP, GAL und der außerparlamentarischen Regenbogenpartei ihre Konzepte zur Frauen- und Genderpolitik.

text

Viele Besucherinnen drängelten sich in dem Veranstaltungsraum, die meisten zornig auf die derzeitige Anti-Frauenpolitik von CDU Sozialsenatorin Birgit Schnieber-Jastram. Sie verlangten klar,

Zuschauerin: "dass der Mitte-Rechts-Senat abgewählt wird. Weil ich glaube, der hat ´ne ganze Menge Katastrophen angerichtet für die autonomen Frauen- und Mädchenprojekte hier in Hamburg. Ich selbst bin im interkulturellen Zusammenhang in einem Frauenprojekt tätig. Und das, was wir erlebt haben, gerade in unserem Feld gab ´s da die Überschneidung, wir haben ganz massive Kürzungen gehabt, einmal als Migrations- und Flüchtlingsprojekt, und dann auch noch als Frauenprojekt, insofern hat ´s uns doppelt getroffen. Aber auch im Verbund mit den anderen Frauenprojekten, das war ein sozialer Kahlschlag, der also alles zerschlagen hat, was in erster Linie Frauenangebote macht."

Familienpolitik, das ist für Marita Meyer-Kainer von der CDU Frauenpolitik. Deshalb sei es wichtig, Kinder und Karriere unter einen Hut zu bringen. Dies alles mit begrenzten Mitteln, die radikalen Kürzungen bei den Frauenprojekten in den vergangenen zwei Jahren seien notwendig gewesen. Auch das Junglesbenzentrum Intervention hatte darunter zu leiden. Ein Nebenschauplatz für Meyer-Kainer, die es vornehmlich mit dem Frauenbild der heterosexuellen Karrieremutter hielt. Das Wort Lesbe mochte sie nicht in den Mund nehmen.

Meyer-Kainer: "Ich weiß aber, dass das Thema weiter besetzt wird. Wir haben dort eine halbe Stelle für, und die wird bleiben."

Kein Trost für eine Veranstaltungsbesucherin. Sie wird demnächst ihre Stelle bei der BIFF verlieren, denn die ist weggespart. Ihre Bedenken für die kommende Legislaturperiode:

Zuschauerin: "dass ich so eine Stelle wieder haben kann wie ich sie hatte, das glaube ich gar nicht. Eher habe ich die Hoffnung, die habe ich aber auch nur bei SPD und GAL, wenn überhaupt, oder Regenbogen, dass da überhaupt was passiert, aber in ganz kleinen Schritten."

Die Frauenprojekte und ihre Vernetzung so wieder in Schwung zu bringen wie vor dem Streichkonzert, das wollten weder die Politikerinnen der jetzigen Regierungsparteien noch die aus der Opposition versprechen. Denn die nötigen Gelder seien bereits umgeschichtet worden, beispielsweise in die Verstärkung des Hamburger Polizeiaufgebots. Diese Beamten könnten jetzt nicht einfach wieder entlassen werden, so Doris Mandel, frauenpolitische Sprecherin der SPD.

Sollte allerdings ihre Partei wieder in die Regierungsverantwortung kommen, dann sei es ihr wichtigstes Anliegen,

Mandel: "dass wir die Kürzungen bei den Frauenhäusern zurücknehmen. Das muss sofort und als aller erstes geschehen. Dann möchte ich, dass die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes besser passiert, indem zum Beispiel die Frauen nicht erst einwilligen müssen, ob ein Sozialarbeiter sie unterstützen kommen wird, sondern dass automatisch die Meldung von der Polizei an diese Interventionsstelle geht, damit ihr geholfen werden kann. Und dann ist eben auch wichtig diese berufliche Fortbildung und die berufliche Möglichkeit der Frauen wieder herzustellen. Dass sie überhaupt so etwas wie Beschäftigungsprogramme, die das Ziel haben von Qualifikation, damit die Frauen überhaupt eine Chance haben auf dem ersten Arbeitsmarkt. Aus der Haft entlassene Frauen brauchen zum Beispiel eine Chance. Und wenn man in diesen Bereichen kürzt, dann ist das nicht nur Frauen verachtend, insgesamt Menschen verachtend. Und das würde ich gern wieder als erstes aktivieren wollen."

Das Junglesbenzentrum Intervention, so die SPD-Politikerin, müsse wieder stärker unterstützt werden, denn:

Mandel: "Junge Mädchen haben es eh schwer. Aber für junge Mädchen, die irgendwann feststellen, dass sie vielleicht sich nicht den Nachbarsjungen als Liebhaber wünschen, sondern vielleicht eine liebe Freundin, für die ist es besonders schwer. Und die muss eine Anlaufstelle haben, und die muss auch vernünftige Beratung erfahren können. Und da muss sie auch Angst frei hingehen dürfen, ohne diskriminiert zu werden. Und das geschieht zur Zeit in unserer Stadt. Dass Frauen, die nicht so ticken wie es unsere Sozialsenatorin oder die CDU gerne hätte, dass die diskriminiert werden. Übrigens auch Männer, das gilt auch für die Schwulen. Die werden diskriminiert, und das muss aufhören."

Nicht so für die FDP-Frau Sylvia Carnel. Ganz im neoliberalen Sinne vertrat sie die Ansicht, dass jede Lesbe ihres Glückes Schmied sei, und frei, so zu leben wie sie möchte, aber auch verantwortlich dafür, sich mit ihrem Lebensstil gesellschaftlich zu integrieren.

Carnel: "Wir haben generell überhaupt nichts einzuwenden, wenn einer in irgendeiner Weise anders als der Mainstream lebt. Wir können allerdings nicht versprechen, dass diese ganzen Gruppen finanziell vom Senat unterstützt werden, weil wir da gewissen Sparmaßnahmen unterlegen sind. Und das Geld, was wir locker machen, möchten wir gerne in die Bildung und in die KITA-Plätze stecken. Und die Frauen, die keine Kinder haben, die möchten wir unterstützen, in dem Sinne, dass wir Frauenarbeitsplätze so fördern, dass wir in der Forschung versuchen, Frauenforschungsthemen unterzubringen. Wir setzen uns ein für einen Frauenlehrstuhl in Bezug auf Frauengesundheit, Frauenmedikamente."

Wo die Gelder für diese Projekte herkommen sollen, ließ Carnel im Dunkeln, ebenso wie ihre Kollegin von der CDU. Verena Lappe von den Grünen äußerte als einzige klar, dass ihre Partei Geld für Politik im Sinne des Gendermainstreaming aus der Innenbehörde umschichten würde. In erster Linie plant auch die GAL die Verbindung von Kindern und Karriere zu fördern.

Lappe: "Das Zweite ist, wir Hamburg auf den europäischen Standard bringen wollen. das heißt, wir wollen Gender Mainstreaming vernünftig in den Behörden und auch in der Verwaltung installieren, und auch mit Gender Budgeting anfangen in den Behörden. Das Dritte ist, dass wir im Bereich der Gewalt, der Gewalt gegen Frauen sowohl die Beratungseinrichtung, die Frauenhäuser in ihrer Arbeit verstärkt unterstützen wollen, und das vor allem zurück nehmen, was der Senat jetzt angerichtet hat bei den Frauenhäusern. Aber wir wollen auch noch weiter gehen und Gewaltprävention in Schulen, in Kindergärten und so schon anfangen, damit wir da tatsächlich auch mal zu einer Lösung kommen und nicht immer nur nachher die Reparaturarbeit bei den Frauen machen müssen, sondern dafür sorgen, dass es gar nicht erst dazu kommt. Und als Viertes wollen wir die vorhandene Infrastruktur an Beratungseinrichtungen, Unterstützung für Frauen in Hamburg erhalten, auch wenn wir nicht sagen können, dass wir nun furchtbar viel Geld nun mehr da reinstecken können. Aber wir wollen das auf jeden Fall nicht weiter kaputt machen. Und ein wichtiger Bereich da noch ist sicherlich der Bereich Frauen und Arbeit und

Frauen in die Wirtschaft kommen. Und ein Fünftes vielleicht noch: Wir wollen natürlich, dass Frauen, stärker als es jetzt in den letzten zwei einhalb Jahren war, in den Gremien vertreten sind und in Positionen in der Verwaltung kommen oder auch bei Aufsichtsgremien oder so eingesetzt werden. Was die Bürgerschaft entscheiden kann, oder was der Senat entscheiden kann."

Lesbenpolitisch sah Lappe für die Wiederherstellung der bisherigen Projekte keine Chance. Die GAL wolle sich jedoch dafür stark machen,

Lappe: " dass es vielleicht in Zukunft ein großes Zentrum für junge Lesben und Schwule in Hamburg gibt. Was nicht in einer Trägerschaft sein muss, aber wir streben an, einen Ort zu finden in Hamburg, wo es ein umfangreiches und gutes Angebot für die große Nachfrage gerade im Bereich der jungen Lesben und jungen Schwulen gibt. Und damit verbunden soll sein, dass wir auch versuchen wollen, in den Schulen entsprechende Aufklärungsarbeit systematisch anzubieten. Weil wir glauben, dass in dem Bereich derzeit die größten Probleme und die größte Nachfrage ist. Auch im Zusammenhang, also für die jungen Schwulen dann noch, das ist für Frauen nicht so interessant, aber für die jungen Schwulen ist auch noch wichtig in dem Bereich die AIDS Prävention wieder zu verbessern, weil dort die Infektionsraten deutlich erhöht sind, sind in den letzten Jahren."

Birgit Otte von der außerparlamentarischen Regenbogenpartei forderte als einzige auf dem Podium die totale Rücknahme aller Kürzungen bei Frauen- und Sozialprojekten. Ferner müssten Gelder locker gemacht werden, um das Senatsamt für die Gleichstellung mit mehr Kompetenzen wieder einzurichten.

Otte: (Gender, Frauenförderung) "Und ich denke, ohne Geld geht ´s nicht. Und deswegen muss man gucken, wie A umgeschichtet wird in Hamburg. Das Mühlenberger Loch, zu Beispiel, da wurde ziemlich viel Geld rein versenkt, was im Moment noch keine Arbeitsplätze schafft, oder so viel auch nicht schaffen wird wie versprochen sind. Und zum Andern muss man einfach gucken, wie Hamburg an Geld kommt, was auch mit bundespolitischen Sachen wie zum Beispiel mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu tun hat."

Die Verquickung von heterosexuell normierter Familien- und Frauenpolitik in den Konzepten von CDU und FDP fand Otte antiqüiert, ebenso die staatliche Förderung der heterosexuellen Ehe.

Otte: "Es kann nicht darum gehen, heterosexuelle Ehepaare zu fördern, sondern wenn, geht es um Kinderförderung. Es geht eher um Frauen- und Geschlechterpolitik."

Da die Regenbogenpartei aller Voraussicht nach den Sprung in die Bürgerschaft nicht schaffen wird, wird auch deren Konzept eines queeren Geschlechterverständnisses jenseits des Dualismus ´ Mann und Frau sich nicht im Rathaus durchsetzen können. Hoffnung auf, wenn auch begrenzte Innovation in Sachen Genderpolitik setzten viele Besucherinnen der Veranstaltung im Haus Drei deshalb auf die GAL.

Zuschauerin: "Weil ich glaube, auch da ist es ein etwas leichteres Unterfangen, die Männer zu überzeugen, wie wichtig eine starke Frauenpolitik für die Stadt Hamburg ist, und dass eine starke Frauenpolitik auch nicht unmittelbar nur Frauen zu Gute kommt, sondern eigentlich ´ne Win-Win-Situation für beide Geschlechter is ´. Aber bei der SPD fand ich das auch relativ schwammig. Und bei den anderen Parteien, die haben gezeigt, dass sie da noch sehr wenig kompetent sind in der Frage."